

IN DIESER AUSGABE:

TÜRKEI – EUROPÄISCHE UNION BEZIEHUNGEN
MULTILATERALE BEZIEHUNGEN
WIRTSCHAFTLICHE BEZIEHUNGEN
STATISTISCHE DATEN
FIRMENNACHRICHTEN AUS DER TÜRKEI
ARTIKEL DES MONATS
EUROPÄISCHE UNION – TÜRKEI HAUPTDATEN (aktualisiert)

MITGLIED VON BUSINESSEUROPE

HAUPTSITZ: 74 Meşrutiyet Caddesi Tepebaşı 80050 Istanbul Türkei Tel.: 90 212 249 11 02 Fax: 90 212 249 09 13
ANKARA : 39/4 İnan Caddesi Gaziosmanpaşa 06700 Ankara Türkei Tel.: 90 312 468 10 11 Fax: 90 312 428 86 76
EUROPÄISCHE UNION : 13 Avenue des Gaulois 1040 Brüssel Belgien Tel.: 32 2 736 40 47 Fax: 32 2 736 39 93
DEUTSCHLAND : 28 Märkisches Ufer 10179 Berlin Deutschland Tel.: 49 30 28 87 86 300 Fax: 49 30 28 87 86 399
FRANKREICH : 33 Rue de Galilée 75116 Paris Frankreich Tel.: 33 1 44 43 55 35 Fax: 33 1 44 43 55 46
U S A : 1250, 24th Street N.W. Suite#300 Washington DC 20037 USA Tel.: 1 202 776 7770 Fax: 1 202 776 7771
CHINA : Beijing Lufthansa Center, Office C-319 10016 Peking China Tel.: 86 10 6462 2066 Fax: 86 10 6462 3206
berlinoffice@tusiad.org www.tusiad.org

TÜRKEI – EUROPÄISCHE UNION BEZIEHUNGEN

Edzard Reuter: EU braucht die Türkei

Wer der Türkei eine „privilegierte Partnerschaft“ anbiete, könne nicht ernst genommen werden, meint der frühere Daimler-Benz-Vorstandsvorsitzende Edzard Reuter, zugleich profunder Türkei-Kenner, und meint damit Bundeskanzlerin Angela Merkel. Reuter zu Gast bei den „Berliner Wirtschaftsgesprächen“ mit einem leidenschaftlichen Plädoyer für den türkischen EU-Beitritt.

Reuter ist 82 Jahre alt, agil und nimmt kein Blatt vor den Mund, als er als Gastredner in den „Berliner Wirtschaftsgesprächen“ über das Verhältnis von Türkei und EU redet. Da er zwölf Jahre lang in Ankara gelebt hat, kennt er die Türkei wie seine Heimat. Nicht nur mit der Heuchelei Deutschlands und seiner Regierungschefin, sondern auch mit dem Ehrlichkeitsdefizit der EU geht er hart ins Gericht.

Im Capital Club in Berlin-Mitte spricht er vor Unternehmern, Politikern und Lobbyisten, eingeführt von Rudolf Steinke, Chef der „Berliner Wirtschaftsgespräche“, das Gespräch wird moderiert von Gerd Appenzeller („Tagesspiegel“). Ehrengast ist der türkische Botschafter Ahmet Acet, der Reuter scherzhaft zugesteht, ein viel besserer Botschafter für die Türkei zu sein als er selbst.

Aussitzen mit bösen Folgen

Die Taktik des Aussitzens möge innenpolitisch gut sein, außenpolitisch habe dieses Konzept jedoch oft „sehr böse Folgen“, warnt Reuter die Bundeskanzlerin. Zwangsläufig werde die türkische Politik im Visier der europäischen Politik stehen. Man könne sich darüber nur noch amüsieren, wie manche Zeitgenossen vorheuchelten, man könne sich aus der Verantwortung herausstehlen und der Türkei eine „privilegierte Partnerschaft“ anbieten. Solche Politiker könnten „nicht ernst genommen werden“. Es sei „bodenlos politisch dumm“, die demokratische Reife der Türken in Frage zu stellen. Früher seien die türkischen Parteien bloß Wahlvereine für herausragende Persönlichkeiten gewesen, doch seit der Regierungsübernahme durch die AKP sei die Stabilität der türkischen Demokratie gestärkt worden.

Reuter zählt eine lange Liste von Argumenten auf. Vierzig Prozent der türkischen Bevölkerung sei jünger als zwanzig Jahre. Die türkische Wirtschaft weise seit dem Krisenjahr 2001 ein durchschnittliches Wachstum von sieben Prozent aus. Das Pro-Kopf-Einkommen der Türken habe jenes der Bulgaren und Rumänen bereits übertroffen. Das Haushaltsdefizit liege deutlich unter der Maastricht-Schwelle. Von der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise sei die türkische Wirtschaft nicht ernsthaft betroffen.

Partner bei Energieversorgung

Die Bedeutung als Partner für Deutschland nehme ständig zu, siehe Energieversorgung. Was Anlass zur Sorge gebe, seien nicht das Militär und der Fundamentalismus, sondern die sozialen Probleme und das Bildungsangebot.

Die Türkei habe bisher keinerlei Anzeichen geliefert, dass sie religiösen Gaukeleien irgendwie erlegen sei. Zwar sei die Türkei ein islamisches Land, aber das religiöse Verständnis unterscheide sich grundlegend von dem, was man sonst unter arabischem Islam verstehe. Maximal zehn Prozent der türkischen Bevölkerung interpretierten ihren Glauben streng, die große Mehrheit habe keine andere Einstellung zu ihrer Religion als in christlichen Ländern: Man bekenne sich zwar dazu, sei aber nur zu den Feiertagen aktiv.

Die EU-Staats- und Regierungschefs hätten sich verpflichtet, Verhandlungen mit dem Ziel einer Vollmitgliedschaft zu führen. Die Türkei sei seit 1964 assoziiertes Mitglied der EWG, seit 1996 bestehe die Zollunion, und 1990 sei der Antrag auf Vollmitgliedschaft nicht abgewiesen, sondern zurückgestellt worden – mit der Begründung, das wirtschaftliche Gefälle sei noch zu groß.

Zwölf Mitgliedschaften später

„Inzwischen hat die EU zwölf neue Mitglieder aufgenommen, für manche von ihnen gilt das Argument mit dem wirtschaftlichen Gefälle jedoch noch mehr.“

Die Türkei sei seit 1952 Mitglied der Nato und somit drei Jahre länger als die Bundesrepublik. Seither habe die Türkei an zahlreichen Nato-Einsätzen „out of area“ als willkommener Partner teilgenommen. Spätestens seit Ende des Zweiten Weltkriegs und ein halbes Jahrhundert vor dem Zusammenbruch des sowjetischen Reiches habe die Türkei über ein demokratisch organisiertes Staatswesen und eine moderne Verwaltung verfügt.

Konsequenzen des Wortbruchs

„Wenn man einem solchen Land gegenüber wortbrüchig werden will, sollte man zumindest die politischen Konsequenzen sorgfältig bedenken.“ Reuter hebt die besondere Rolle hervor, die die Türkei gegenüber Zentralasien spiele, ihr Verhältnis zu Kasachstan und Usbekistan, ihre Nachbarschaft zu Iran und Irak, ihre handgreifliche Rolle im Nahen Osten, besonders gegenüber Israel und den Palästinensern.

Die EU müsse froh sein, dass die Türkei sich so selbstbewusst zeige und ihre Verantwortung in der Region wahrnehme. Die innere Ausrichtung der Türkei sei unverändert auf Europa ausgerichtet, sie sollte tragendes Mitglied der EU werden, „wenn nicht, dann nimmt sie ihren eigenen Weg“, warnt Reuter. „Wenn die Hängepartie so weiter geht, ist die Türkei frei, ihre eigenen Wege zu gehen, aber die EU hätte dann eine offene Ostflanke.“

Französische Bremserrolle

Reuter geht auf die Rolle Frankreichs und Großbritanniens ein: Paris habe stets auf die deutschen Regierungen eingewirkt, die Verhandlungen mit der Türkei zu verzögern, und das gleich aus mehreren Gründen: aus Rücksicht auf den arabischen Islam, wegen der französischen Interessenlage in den Maghrebstaaten, wegen der befürchteten Dominanz der türkischen Bevölkerung in Deutschland und wegen des befürchteten Zuwachses amerikanischen Einflusses in der Türkei.

Anders Großbritannien, London wolle ohnehin verhindern, dass Europa wirtschaftlich zusammenwächst und würde eher wieder eine Freihandelszone bevorzugen.

„Wenn Deutschland zur Meinung gelangt, dass es in seinem Interesse ist, dass die Türkei Mitglied wird, dann muss es mit den anderen Partnern darüber verhandeln! Das setzt aber voraus, dass man selber weiß, was man will - was bei dieser Regierung in den letzten Wochen und Monaten auch in anderen Themen nicht immer klar war“, stichelt der Sozialdemokrat Reuter.

Ewald König

Zur Person:

Edzard Reuter wurde am 16. Februar 1928 in Berlin geboren. Nach Hitlers Machtergreifung ging die Familie ins Exil nach Ankara. So verbrachte Edzard Reuter zwölf Jahre seiner Kindheit (1935 bis 1946) in der Türkei. Seit der Rückkehr nach Deutschland ist er Mitglied der SPD. Von 1987 bis 1995 war er Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz AG. [Internet-Link](#)

Institut du Bosphore Konferenz in Istanbul mit der Teilnahme von Abdullah Gül und Pierre Lellouche

Der französisch-türkische Think Tank *Institut du Bosphore* organisierte am 11. und 12. Juni 2010 eine Konferenz zum EU-Integrationsprozess der Türkei.

Der türkische Staatspräsident Abdullah Gül sagte, die Türkei verfolge „ihre natürliche Rolle“ in der Region, was andere Länder nicht verwechseln dürfen mit einer Änderung der Werte oder einem fehlenden Bekenntnis zu Europa. Er kritisierte implizit Sarkozys mangelnden Respekt für die beschlossene Beitrittsperspektive des Landes.

Egemen Bağış, der türkische Minister für Europäische Angelegenheiten und Verhandlungsführer mit der EU, nahm eine ähnliche Position ein. Er wies darauf hin, dass die ungelöste Zypernfrage weder Griechenland noch Zypern selbst am Beitritt gehindert habe und deswegen auch die Türkei nicht hindern solle.

Die zwei Hauptredner, Präsident Gül und der französische Staatssekretär Lellouche, einigten sich darauf, sich uneinig über das potenzielle Ergebnis der Verhandlungen zwischen der Türkei und der EU zu sein. Diese wurden im Jahr 2005 eröffnet, und Frankreich blockierte die Gespräche über mehrere Kapiteln.

Die Türkei hat ihr Projekt, nämlich den Beitritt, und wir haben ein anderes, nämlich die Partnerschaft“, sagte Lellouche im Gespräch mit EurActiv.

In seiner Rede blieb er vage über die Art der Beziehung, die die Türkei mit der Union haben könnte.

„Frankreich hat vor, mit seinen Partnern ein Europa aufzubauen, das ein großer Raum der Solidarität, der Stabilität und der Sicherheit werden würde, welcher die 27 EU-Mitglieder mit einschließt, bald erweitert um die Länder des Balkans und mit der Türkei, Russland und der Ukraine auf seiner Seite.“

Weder strategische noch privilegierte Partnerschaft

Jedoch wurde von den Teilnehmern der Ansatz einer Aufweichung in der französischen Position seit den Präsidentschaftswahlen 2007 festgestellt. Heute scheint das Schlagwort nicht mehr „privilegierte Partnerschaft“, sondern eher eine umfangreiche „strategische Partnerschaft“ zu sein, auch wenn diese seitens der Türkei keine Unterstützung findet.

Diplomaten zufolge wurde Sarkozy geraten, als Vorbereitung für seinen Besuch der Türkei in diesem Jahr „seine Rhetorik herunterzuschrauben“. Paris befand dies, nachdem Sarkozy Kommentare von sich gegeben hatte, die in der Türkei als beleidigend empfunden wurden und deretwegen französischen Unternehmen eine Reihe an großen Projekten entging. Zum Beispiel wird das erste Atomkraftwerk in der Türkei von der russischen RosAtom und nicht von der französischen Firma Areva gebaut werden. [Internet-Link](#)

MULTILATERALE BEZIEHUNGEN

Drei Protokolle im Erdgas Bereich

Bei den seit längerer Zeit anhaltenden Verhandlungen zwischen der Türkei und Aserbaidshan auf dem Erdgasmarkt ist eine Übereinkunft erzielt worden. Beide Staaten unterzeichneten drei Protokolle im Erdgasbereich. Somit wurde die lang anhaltende Preiskrise beigelegt.

Das Abkommen wurde im Rahmen der Konferenz für Zusammenarbeit und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien von den Ministern für Energie unterzeichnet. Das Schah-Deniz Abkommen, das im Rahmen der Konferenz im Çırağan Palast in Istanbul unterzeichnet wurde, umfasst den Erdgasverkauf von Aserbaidshan in die Türkei und die Lieferung des aserbaidshanischen Erdgases über die Türkei nach Europa.

Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan und der aserbaidshanische Staatspräsident İlham Aliyev nahmen an der Unterzeichnungszereemonie teil.

[Internet-Link](#)

Konferenz zu Interaktionen und vertrauensbildenden Maßnahmen in Asien (CICA)

Das internationale Gipfeltreffen zu Sicherheitsfragen ist in der Türkei stattgefunden. Bei der zweitägigen Konferenz wurde eine Verurteilung der israelischen Regierung wegen des militärischen Angriffs auf eine Hilfsflotte für den Gazastreifen erzielt. Der kasachische Präsident Nursultan

Nasarbajew und Staatspräsident Abdullah Gül empfingen gemeinsam die Teilnehmer der Konferenz zu Interaktionen und vertrauensbildenden Maßnahmen in Asien (CICA). Zu den Teilnehmern aus den 20 CICA- Mitgliedstaaten gehören unter anderem der russische Premier Wladimir Putin, der iranische Präsident Mahmud Ahmedinedschad, der palästinensische Präsident Mahmud Abbas und der afghanische Präsident Hamid Karzai. Bei der Antrittsrede sagte Gül, dass es nicht möglich sei die Probleme mit Gewalt zu beseitigen.

Staatspräsident Abdullah Gül und Außenminister Ahmet Davutoğlu haben später im Çırağan-Palast in Istanbul eine Pressekonferenz veranstaltet. Gül gab dazu eine Präsidentschaftserklärung ab und in dieser Erklärung hieß es, dass alle Teilnehmerstaaten außer Israel, ihre Befürchtungen wegen des militärischen Angriffs auf eine Hilfsflotte für den Gazastreifen zum Ausdruck gebracht haben. [Internet-Link](#)

WIRTSCHAFTLICHE BEZIEHUNGEN

9. Internationale Windenergiekonferenz in Istanbul

Für den nächsten Schritt in der grünen Revolution der Energieerzeugung bemühen Experten ein Bild aus dem Theater: Die Instrumente sind gestimmt, jetzt fehlt nur noch der Dirigent für die «Symphonie der Energiesysteme». In den kommenden zehn Jahren soll sich die mit Windenergie erzeugte Strommenge weltweit verzehnfachen, lauten die Prognosen bei der 9. Internationalen Windenergiekonferenz in Istanbul.

Die Herausforderung sei nun, Wind- und Wasserkraft, Solaranlagen, Bioenergie, Geothermie (Erdwärme) und die konventionellen Kraftwerke intelligenter zu verknüpfen. Leistungsspitzen der Systeme müssen besser gegeneinander ausgegelt werden können. «Nicht immer scheint die Sonne, nicht immer bläst der Wind. Wir müssen auf die Übergangsressourcen achten», sagt Dave Renee, Präsident der internationalen Solarenergiegesellschaft (ISES), am Mittwoch. Richard Taylor, Direktor des Internationalen Wasserkraftverbandes (IHA), sagte: «Wasserkraft kann als Ausgleich im System wirken.»

Die Verbände der unterschiedlichen Energiesysteme wollen die Zusammenarbeit ausbauen. Letztlich seien aber die Regierungen gefordert, zusätzliche Weichen für die grüne Energie zu stellen, sagen Experten. Und damit lässt sich inzwischen kräftig Geld verdienen.

Künftig soll sich der Windenergiemarkt in der EU sprunghaft entwickeln: Von einem Anteil an der Energieerzeugung von 7 Prozent im Jahr 2007 auf 20 Prozent im Jahr 2020 und weiter auf 27 Prozent im Jahr 2030.

«Im Jahr 2050 nur noch erneuerbare Energie ist das Ziel. Und es erscheint möglich», sagte Osman Mertoglu, Vorstandsmitglied im Internationalen Geothermieverband (IGA).

Bis 2020 werde die weltweit mit Windenergieanlagen installierte Leistung von derzeit etwa 200 auf 2000 Gigawatt steigen, sagte Stefan Gsänger, Generalsekretär des Internationalen Windenergieverbandes (WWEA). Ende vergangenen Jahres waren es weltweit etwa 159 Gigawatt, was in etwa dem Gesamtbedarf Italiens entspricht. Die Hälfte der installierten Leistung steht in Europa, aber die Schwellenländer holen mächtig auf. Mexiko, die Türkei und an dritter Stelle China wachsen inzwischen am stärksten.

Ein Grund dafür sei, dass in den weniger entwickelten Teilen der Welt die Innovationsbereitschaft oftmals größer sei, sagt Walter Lutz vom deutschen Hersteller Fuhrlander AG. Das Unternehmen gehört zu den Pionieren der Windkraft in Deutschland und produziert mit mehr als 500 Mitarbeitern. Zusätzlich zu Projekten in Deutschland wird vor allem nach Nordamerika, Osteuropa und nach Asien verkauft.

«Windkraft ist schon jetzt konkurrenzfähig mit Kraftwerksstrom», sagt Lutz. Zudem schaffe sie Arbeitsplätze und Wachstum, ohne Verteilungskämpfe auszulösen. Deswegen seien die Anlagen auch ein «Teil der Friedensmission». [Internet-Link](#)

„Invest in France“ in der Türkei

Frankreich hat in der Türkei das Investitionsbüro „Invest in France“ gegründet. Frankreich erzielt hiermit die Konkurrenz im Wirtschaftsbereich zu stärken und in den Dritten Staaten Geschäfte zu machen. In Verbindung zu der Öffnung wurde mit Zusammenarbeit des Rates für auswärtige Wirtschaftsbeziehungen, türkisch-französische Arbeitsrat und der französischen Agentur für Entwicklung im Außenhandel ein türkisch-französischer Handelsforum veranstaltet. Die französische Wirtschaftsministerin Christine Lagarde beteiligte sich an dem Forum über Videomitteilung und deutet darauf die Zusammenarbeit mit der Türkei erhöhen zu wollen. Lagarde sagte, „Wir wollen mehr türkische Firmen in Frankreich. Deshalb haben wir das Büro „Invest in France“ in Istanbul eröffnet. Somit kann auch die Türkei mehr französische Investment locken. Der französische Botschafter in Ankara, Bernard Emie, erwähnte außerdem, dass auch ein Türkei-besuch des französischen Präsidenten Nicola Sarkozys bezweckt wird. [Internet-Link](#)

Simsek-Schäuble Treffen

Finanzminister Mehmet Şimşek traf dieses Wochenende seinen deutschen Amtskollegen Wolfgang Schäuble. In einer Pressekonferenz nach dem Gespräch gab Şimşek bekannt, dass die Türkei und Deutschland ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung unterzeichnen werden. Das Abkommen soll noch in diesem Jahr in Kraft treten. [Internet-Link](#)

Einkommen einiger EU-Mitgliedstaaten bleiben unter Einkommen der Türkei

Von dem offiziellen Amt der Europäischen Gemeinschaft für Statistik Eurostat wird bekannt gegeben, dass das Bruttonationaleinkommen, auch Pro-Kopf-Einkommen genannt, der Türkei sich als höher als das der EU-Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien erweist. Somit geht die „Armes Land der 70 Millionen“-Theorie der Gegner eines EU-Beitritts der Türkei zugrunde. [Internet-Link](#)

STATISTISCHE DATEN

Babacan: Zahl der Arbeitslosen sinkt

Staatsminister und Stellvertretender Ministerpräsident Babacan sagte, die Arbeitslosigkeit in der Türkei werde weiterhin zurückgehen und die Arbeitslosenquote in diesem Sommer auf etwa 10% sinken. Während in vielen der entwickelten Länder die Arbeitslosenquote steigt, wies Babacan darauf hin, die Türkei habe diese Krise durch die Maßnahmen der Regierung ohne Schaden überwunden. „Wir haben die Finanzstabilität im Wachstum erreicht und unsere Banken nicht zu Schaden gekommen. Wir beraten sogar die europäischen Länder die Finanzkrise ohne große Verluste zu überwinden, sagte Babacan. [Internet-Link](#)

Niedrige Inflationsrate im Mai

Das Türkische Statistikamt (TÜİK) hat den Verbraucherpreisindex für den Monat Mai veröffentlicht. Demnach fiel der Index für die Verbraucherpreise um 0,36 und die Herstellerpreise um 1,15 Prozent

zurück. Laut dem Amt, lag die jährliche Teuerungsrate im Vergleich zum Vorjahr bei 9,10 und in die Herstellerpreise bei 9,21 Prozent. [Internet-Link](#)

Für weitere Türkei-Nachrichten: www.byegm.gov.tr

FIRMENNACHRICHTEN AUS DER TÜRKEI

Französischer Versicherer AXA will in der Türkei expandieren



Das französische Versicherungsunternehmen AXA setzt auf nicht organisches Wachstum in der Türkei und strebt eine Akquisition an, so Henri de Castries, Vorstandsvorsitzender und CEO des Unternehmens.

Laut de Castries wurde die Türkei als bevorzugte Adresse für Investitionen ausgewählt. AXA werde deshalb sowohl organisch als auch nicht organisch im Land weiter wachsen.

„Die Türkei ist ein wichtiges Land für unsere Investitionen, da wir ein starkes Wirtschaftswachstum erwarten. Parallel zum expandierenden türkischen Versicherungsmarkt verbessert AXA seine Produkte und Dienstleistungen. Nach dem schnellen Wachstum des Landes im vergangenen Jahr werden wir uns auf organisches Wachstum und Akquisitionen konzentrieren. Wie unsere Tätigkeit in der Türkei in den letzten 15 Jahren beweist, ist das Land ein idealer Standort für AXAs Investitionen“, meinte de Castries.

[Internet-Link](#)

Hyundai wird i20 in der Türkei produzieren



Der südkoreanische Autobauer Hyundai wird das i20-Modell mit Steilheck in seinem Werk Izmit in der Westtürkei produzieren. Die türkische Version des Supermini wird „i20 Troy“ in Anlehnung an das Herkunftsland heißen.

Die Produktionslinie für 80.000 Fahrzeuge des neuen Modells wird neue Investitionen in Höhe von 100 Mio. US-Dollar im türkischen Hyundai-Werk erforderlich machen und 1000 Arbeitsplätze schaffen. Für den i20 liegen bereits 16.000 Bestellungen von Kunden in Europa vor. [Internet-Link](#)

EnBW wird 3,5 Milliarden Euro in türkische Energieprojekte investieren



Der deutsche Energieversorger EnBW wird 3,5 Mrd. Euro in die türkische Industrie für erneuerbare Energien investieren. Die EnBW und ihr türkischer Partner Borusan Holding werden ein Kraftwerk mit einer installierten Leistung von 2.000 MW errichten, um den steigenden Energiebedarf des Landes zu decken.

„Unsere derzeitigen Prioritäten liegen bei erneuerbare Energiequellen wie Wind und Wasserkraft“, sagte EnBW-Chef Hans-Peter Villis in einem Presseinterview über die Investitionen seines Unternehmens in der Türkei. „Unser Windkraftwerk in Bandirma wurde vor kurzem in Betrieb genommen, das Wasserkraftwerk über dem Fluss Firat wird in wenigen Monaten folgen“, erklärte Villis gegenüber Journalisten. Er fügte hinzu, dass die Südostanatolien-Region der Türkei verschiedene Investitionsmöglichkeiten bietet. Die EnBW konzentrierte sich in der Türkei zwar in erster Linie auf die Stromerzeugung, es könnten aber auch Möglichkeiten im Bereich Hochspannungs- und Stromnetze geprüft werden, so Villis.

[Internet-Link](#)

Cenor Group investiert 1 Mrd. US-Dollar in florierende türkische Einzelhandelsindustrie

CENOR

Wie der CEO der Cenor Group, einer internationalen Immobilienverwaltungs- und -entwicklungsgesellschaft, und Anthony Mehran Khoi, Geschäftsführer von Aerium in der Türkei mitteilten, will Aerium Property Funds seine Präsenz in der türkischen Einzelhandelsindustrie ausbauen und 1 Mrd. US-Dollar in Einkaufszentren investieren. Nach Angaben von Khoi hat Aerium weltweit 8,5 Mrd. US-Dollar in Einkaufszentren investiert und war 2006 der erste ausländische Investor, der mit einer Investition von 240 Mio. US-Dollar in den türkischen Einzelhandelssektor einstieg. [Internet-Link](#)

SFECO aus China baut Kardemir-Kraftwerk



Kardemir, eines der größten Eisen- und Stahlwerke der Türkei, hat mit der China Shanghai Group Corporation for Foreign Economic and Technological Cooperation (SFECO) einen Vertrag über den Bau eines 50-MW-Gaskraftwerks unterzeichnet. Der Vertrag im Wert von rund 29,7 Mio. US-Dollar umfasst alle notwendigen Anlagen und technischen Leistungen für das Kraftwerk, das am Kardemir-Standort in Karabük, Zonguldak, entstehen soll. Das Kraftwerk wird die Abgase des Eisen- und Stahlwerks von Kardemir in Energie umwandeln und dem Unternehmen eine eigene Stromerzeugung ermöglichen. Das Vorhaben soll in 26 Monaten fertig gestellt sein. [Internet-Link](#)

ARTIKEL DES MONATS

Das neue Selbstbewusstsein der Türkei

Berliner Zeitung

Berliner Zeitung, 09.06.2010

Premier Erdogan und sein Außenminister vermitteln mit Erfolg in regionalen Konflikten

Susanne Landwehr

ISTANBUL. Die Forderung ist deutlich. Israel dürfe nicht so einfach davonkommen, nachdem israelische Soldaten neun türkische Staatsbürger auf der Gaza-Flottille vor gut einer Woche getötet haben, sagte gestern der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu. "Die internationale Gemeinschaft steht vor einer ernsten Aufgabe", sagte er. Israel müsse eine internationale Untersuchungskommission zulassen - und ein Vertreter der Türkei selbstverständlich Mitglied sein.

Im Laufe der vergangenen Jahre ist die Türkei zu einem gewichtigen Akteur der Region aufgestiegen. Daran hat Außenminister Davutoglu großen Anteil. Vor seinem Amtsantritt im Mai 2009 war er außenpolitischer Berater von Premier Erdogans und beeinflusste in dieser Funktion die neue Richtung der türkischen Außenpolitik.

Kooperation statt Konfrontation

In seinem Buch "Strategische Tiefe" schrieb er 2001, dass sich die Türkei im Zentrum des Balkan, des Mittleren Ostens, des Kaukasus und Eurasiens befinde. Unter dem Motto "Null Probleme mit den Nachbarn" arbeitet die Regierung seit ihrer Wahl 2002 an guten Beziehungen zu den Ländern in der Region.

"Statt auf Konfrontation, die das Land über Jahre in regionale Isolation trieb, setzt die Regierung Erdogan auf Kooperation und Dialog", schreiben sieben Forscher von der Transatlantic Academy in Washington. In ihrem Bericht, der nächste Woche in Berlin vorgestellt wird, beschreiben sie die Wende der türkischen Politik. Was Erdogans Vorgänger Turgut Özal und der damalige Außenminister Ismail Cem in den 80er-, 90er-Jahren anstießen, setze die heutige Regierung fort. Sie gehe auf ehemalige Rivalen wie Armenien, Griechenland oder Iran zu und beanspruche die Rolle als regionale Führungsmacht und Vermittler.

Ein Beispiel sind die Beziehungen zu Syrien. Beide Länder befanden sich jahrelang im Kriegszustand. Seit Kurzem dürfen Türken und Syrer ohne Visa die Grenzen passieren. Die Beziehungen zum Iran waren durch Teherans expansiven Islamismus und die kurdische Frage belastet. Heute verbinden die beiden Staaten zahlreiche Abkommen über Energie, Handel, Sicherheit und seit Kurzem auch Uranlieferungen. Im ersten Golfkrieg stellte sich die Türkei noch auf die Seite der Alliierten gegen den Irak. Im März 2003 verweigerte sie jedoch US-Truppen eine Irakinvasion von türkischem Territorium. Mit Russland pflegt die Türkei gute Beziehungen, russische Versorger decken 60 Prozent des Energiebedarfs.

Die Türkei wirkte auch schon als Vermittler in Konflikten. Vor zwei Jahren halfen türkische Diplomaten im Konflikt zwischen Syrien und Israel. Präsident Gül brachte Serben und Bosnier an den Verhandlungstisch, was zuvor keinem EU-Gremium gelungen war. Im September 2008 betrieb Gül im südlichen Kaukasus Fußballdiplomatie. Er reiste zu einem Freundschaftsspiel zwischen türkischen und armenischen Kickern, um die Türkei und Armenien zu versöhnen. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen scheiterten bisher jedoch unter anderem wegen des Widerstands Aserbaidschans und des ungeklärten Konflikts um Nagorni-Karabach.

"Die Türkei möchte in einer stabilen Region leben", schreibt Soli Özel, ein Istanbuler Politikprofessor, weil sie starke wirtschaftliche Interessen in der Region habe. In der Tat hat sich die Türkei von einem importabhängigen Land zu einer Wirtschaftsmacht mit stabilem Wachstum entwickelt. Der Handel mit der EU stieg um das Achtfache, mit den direkten Nachbarn um das Zwanzigfache. Mit der wirtschaftlichen Öffnung hat sich die Türkei weiter demokratisiert.

Israel will Vorfall selber untersuchen

Eine internationale Untersuchung des Militäreinsatzes gegen Gaza-Aktivisten lehnt Israel weiter vehement ab. Eine Woche nach dem blutigen Einsatz der israelischen Armee gegen den Hilfskonvoi im Mittelmeer kündigte der Generalstab eine eigene Untersuchung an. Bis zum 4. Juli soll ein Bericht Fehler und Lehren auflisten.

Auch die Regierung von Premier Benjamin Netanjahu will nur eine interne Untersuchungskommission mit sehr eingeschränktem Mandat einsetzen. Sie soll lediglich klären, ob die Seeblockade Gazas und die gewaltsame Übernahme der Hilfsschiffe in internationalen Gewässern legal seien.

Die Zahl der Toten bei einem Angriff der israelischen Marine am Montag auf ein Boot mit Palästinensern ist auf sechs gestiegen. Zwei weitere Leichen wurden an Land gespült.

EUROPÄISCHE UNION – TÜRKEI HAUPTDATEN

- Bevölkerungsanzahl beträgt 71 Mil. :
 - ein Haushalt besteht aus 4,4 Personen (*abnehmender Trend*)
 - \pm 26% unter 15 Jahre alt (*abnehmender Trend*)
 - 75% städtische Bevölkerung (*zunehmender Trend*)
 - stabile Bevölkerungszahl bei +/- 85 Millionen Menschen im Jahr

2030

- BIP : 671 Milliarden € (KKP)
- BSP Wachstumsrate : 2003 : + 5,3% 2004 : + 9,4% 2005 : + 8,4% 2006 : + 6,9% 2007 : + 4,6% 2008 : + 3,4%
- Rang 15 der weltweit größten Ökonomien (KKP)
- Wichtige Handelspartner : * EU : 46 % (die Türkei ist der 7. größte Handelspartner der EU)
* Russland : 10,9% * USA : 4,4%
 - Türkische Exporte in die EU – 2008 : 43 Mrd. €
 - Türkische Import aus den EU – 2008 : 50,5 Mrd. €
 - Handelsdefizit mit den EU – 2008 : 7,5 Mrd. €
- Industrieproduktion : 30 % des BSP (Dienstleistungen : 60% ; Landwirtschaft : 10%)
- Industriegüter : **94,8%** der Exporte (Automobilindustrie, Textilien, Elektronik, Stahl, Nahrungsmittel, Haushaltsgeräte ...)

Die Türkei ist in der Welt :

- sechstgrößter Hersteller von Zement Automobilindustrie
- zweitgrößter Glasproduzent und Stahl
- größter Hersteller von Bor KühlschranksHersteller
- zweitgrößter Schmuckexporteur
- achtgrößter Schiffsbauer
- sechstgrößter Textilexporteur

Die Türkei ist in Europa :

- größter Hersteller von TV Apparaten
- größter Hersteller von Aurocar/Bus
- drittgrößter Hersteller von Keramikfliesen
- viergrößter Telekom-Markt
- viergrößter Hersteller in der Automobilindustrie
- drittgrößter Produzent von Eisen
- sechstgrößter
- drittgrößter Yachthersteller,

und auch: **an Artenvielfalt reichstes Land und größter Entwicklungsmarkt**

- **Nettobetrag ausländischen Kapitals** : €8 Milliarden im 2005 (+240%) €16 Milliarden im 2006/2007 (+87,5% / +9,8% - \$)

Ungefähr 18.000 ausländische Investitionsfirmen arbeiten in der Türkei. Etwa ein Drittel der Banken und ein Viertel der 500 größten Firmen in der Türkei sind im Besitz ausländischer Eigner. Türkische Direktinvestitionen in mehr als 50 Ländern ständig erhöht (€ 1,5 Milliarden im Jahr 2007). Die Körperschaftssteuer beträgt 20 %.

- **Schnell wachsende Informationsgesellschaft** : Über 35% Steigerung im Verkauf von PCs.
 \pm 22 türkische Firmen / die 500 besten IKT-Firmen
 + 65 Millionen GSM-Abonnenten
 + 19 Millionen Internet-Nutzer
 \pm 30 TV-Kanäle auf nationaler und 250 auf lokaler

Ebene

→ Ausbau des e-governments

- Privatisierung : Privatisierungen im Wert von € 17,9 Millionen in den letzten 5 Jahren.
- Tourismus : 26 Millionen Touristen im Jahr 2008. Istanbul wird EUROPÄISCHE KULTURHAUPTSTADT – 2010

- ▶ **REFORMEN** : Mit starker Unterstützung seitens der Zivilgesellschaft (Privatsektor, Gewerkschaften, Berufsverbände, NGOs, akademische Institutionen, Medien...) wurde vom türkischen Parlament eine umfassende Agenda für demokratische Reformen verabschiedet:

- Verfassungsrechtliche und institutionelle Reformen angesichts der zu erfüllenden Kopenhagen-Kriterien
- Ausgeweitete Gleichheitsrechte der Geschlechter im staatsbürgerlichen Gesetzbuch
- Abschaffung der Todesstrafe, neues Strafgesetzbuch
- Sendungen und Unterricht in Regionalsprachen, Meinungs- und Vereinsfreiheit
- Wettbewerbspolitik, Sicherung geistiger und industrieller Eigentumsrechte

- Internationale Beurkundungs-, Geschäftsberichts- und Akkreditierungsstandards sowie internationale Schiedsgerichtsbarkeit
 - Soziale Sicherheit, Arbeitslosenversicherung, regionale Entwicklungsagenturen
 - Innerer und äußerer Veredlungsverkehr, Kontroll- und Quotenverwaltung
 - Unabhängige Zentralbank, Steuerverwaltung, bankrechtliche Bestimmungen und Aufsicht, Liberalisierung des Telekommunikationsmarkts
- 1996 : Zollunion zwischen der EU und der Türkei.
- 1999 : EU Helsinki - Gipfel: « **Türkei wird offizieller EU-Beitrittskandidat** ».
- 2004 : EU-Kommission beschließt, dass die Türkei hinreichend die Kopenhagener Kriterien erfüllt.
- 2004 : EU-Kommission entscheidet Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu starten.
- **2005** : **Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen am 3.Oktober.**
- 2008 : Der EU-Ministerrat verabschiedet die neue Beitrittspartnerschaft mit der Türkei am 18 Februar.
- 2008 : Das dritte Nationalprogramm der Türkei für die Übernahme des Acquis.

V.i.S.d.P:

TÜSIAD Berlin Office

Märkisches Ufer 28

10179 Berlin

berlinoffice@tusiad.org